

**Glanz und Elend der deutschen Geschichte**  
**Schlüsselergebnisse von 1989 bis 2017**  
**Band 10**

**Das Märchen von Souveränität, Demokratie und  
Rechtsstaatlichkeit ...**

**Band 10/143**

**Der gescheiterte Staat "Failed state", Teil 6**

**Die Strategie der Destabilisierung Deutschlands durch die Macht der "vierten Gewalt"**

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 4. August 2017: >>Über den Gipfeln ist Ruh‘.

**Das verstörende Werk des Gelehrten Rolf Peter Sieferle**

Thomas Schmid

Die liberale Diskursmaschine funktioniert nicht immer gut. Zuweilen wird sie sogar unversehens zu einer Diskursverhinderungsmaschine. Anders als manche Verschwörungsgläubige annehmen, steht dahinter aber keine Absicht, kein Plan. Es auch ist keine Machenschaft. Vielmehr sind Bequemlichkeit, Opportunismus, Herdentrieb und der feste Wille am Werk, keinesfalls in gedankliche Sphären vorzudringen, in denen es ungemütlich werden könnte. Lange schon gibt es einen liberalen und linken Konformismus, eine scheinbar heile Welt derer, die sich auf der aufgeklärten Seite des Ufers wähnen. Ein besonders absurdes und blamables Beispiel dafür hat dieses Milieu in den vergangenen Wochen und Monaten im Umgang mit einem Buch des 1949 geborenen Historikers, Soziologen und Philosophen Rolf Peter Sieferle geliefert.

Wenige Monate nach seinem Suizid im September 2016 kam unter dem Titel "Finis Germania" eine nachgelassene Schrift Sieferles auf den Markt. Sie erschien im Verlag Antaios von Götz Kubitschek, einem der Ideengeber der zumindest rechtsnationalistischen "Identitären Bewegung". In der Tat, die keine hundert Seiten lange Schrift paßt ins Programm des Verlages. Kaum jemand hätte das Buch beachtet - wäre es nicht dank eines Jurors auf eine Bestenliste für Sachbücher gekommen und wäre es nicht auch noch auf der Bestsellerliste des "Spiegel" aufgetaucht. Schnell setzten in den Feuilletons Aufgeregtheit und Empörung ein, ein Distanzierungswettrennen begann. Dem Autor, einem größeren Publikum bislang gar nicht bekannt, wurde Rechtsradikalismus und Antisemitismus bescheinigt.

Unmittelbar nach Sieferles Tod hatte Gustav Seibt in der "Süddeutschen Zeitung" den Verstorbenen noch als einen großen Wissenschaftler, als fast alleinigen Erfinder eines neuen Fachgebiets, der "Naturgeschichte der Gesellschaften", gepriesen und geschrieben: "Sieferle war ein unerschrockener, immer rationaler Denker, der sich auch dann nicht aus der Ruhe bringen ließ, wenn er apokalyptische Möglichkeiten erwog. Konservativ war allenfalls sein Bewußtsein für natürliche Grenzen." Und er verglich ihn, den Autor eines Gutachtens für die Bundesregierung, mit den Humboldts, die einst den preußischen Staat berieten.

Als nun "Finis Germania" erschienen war, sah es Seibt auf einmal anders. Aus dem großen Autor war nun "ein zunächst einmal ernsthafter Wissenschaftler" geworden, dem von Seibt ein "erschreckender und bestürzender Absturz" bescheinigt wurde. Ein derart toxisches Buch habe auf einer Besten- oder Bestsellerliste nichts verloren. Das begründete Seibt unter ande-

rem so: Das Buch sei "eine Störung des öffentlichen Gesprächs, die nicht ungefährlich ist, vor allem, weil das Buch natürlich in die Hände von Leuten fallen kann, die gar nicht theoriebildend zu denken imstande sind". Wo kämen wir in unserer Gesellschaft hin, wenn unliebsame Bücher in die Hände von denkunfähigen Menschen fielen?

Die liberale Öffentlichkeit war sich schnell einig: Rolf Peter Sieferle ist in der Welt des Geistes fortan eine Persona non grata. Und er wurde zum Verzweifelten, zum klinischen Fall erklärt. Ein Autor der FAZ mutmaßte, eine Krebserkrankung und die drohende Erblindung habe ihn in den Tod getrieben. Dabei gab es, wie Freunde von Sieferle versichern, weder eine schwere Augenerkrankung noch einen lebensbedrohlichen Krebs.

Wer war Rolf Peter Sieferle? Fest steht, daß er 1968 für kurze Zeit dem Vorstand des "Sozialistischen Deutschen Studentenbundes" (SDS) in Heidelberg angehörte und daß er zuletzt einigen Ansichten der AfD nahestand. Sein Werk spiegelt diese unterschiedlichen Positionen. "Finis Germania" etwa ist eine lockere Ansammlung von Skizzen, Glossen und Aufzeichnungen. Das schmale Buch enthält etliche prägnante Aphorismen, etwa über das hohe Tempo, in dem Erzeugnisse des technischen Fortschritts veralten und zu Schrott werden. Oder Sarkastisches über den Zivilisationsmüll, der die Strände der Welt bedeckt.

Der Mensch, sagt Sieferle, könne doch stolz darauf sein, daß selbst an den entferntesten Gestaden der Welt die Spuren seiner Werke zu finden sind: "Jede Plastikflasche ein Liebesgruß unserer Mitbürger." Der Ton des Buches ist düster, angestrengt übt sich der Autor in Zynismus. Eine europäische Endzeitstimmung weht durch die Seiten. Deutschland, wie der Westen insgesamt, verfügte "über keine normativen Reserven im Sinne von Gemeinwohlorientierung mehr", es werde vielmehr "das Programm des atomistisch-individualistischen Universalismus bis in die letzte Konsequenz hinein verfolgt".

Bis zum äußersten reizt den Autor der hochtönende Moralismus der Fortschrittlichen, die ständig von Verantwortung reden, tatsächlich aber an der Zerstörung herkömmlicher Bindungen arbeiteten. Etwas pathetisch und schwül heißt es: "Die Auflösung der Familie schneidet das Individuum von seinen Ahnen, von der Geisterwelt, vom Absoluten ab. Es verbleibt ein Elementarteilchen in einem endlosen kalten und finsternen Raum." Im Verfolg ihrer Emanzipationsinteressen untergraben die atomistischen Individuen schließlich alle Ordnung, es beginne der Kampf aller gegen alle: "Der Naturzustand steht am Ende, nicht am Anfang der bürgerlichen Gesellschaft. Nachdem das Aas des Leviathan verzehrt ist, gehen sich die Würmer an den Kragen."

Das klingt nach Untergang des Abendlandes und dem altbekannten geistesaristokratischen Degout gegenüber dem Pöbel, der nur auf Lust aus sei. In der Tat, diese "Nachtgedanken", wie Rüdiger Safranski das Buch genannt hat, stehen in kulturpessimistischer Tradition. Zum Skandal wurden sie aber, weil der Autor die These vertritt, die anhaltende bundesdeutsche Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und vor allem mit dem Holocaust sei nicht ehrlich. Sie betreibe kein aufrichtiges Gedenken, sondern funktionalisiere den Holocaust für heutige Zwecke.

Die Sakralisierung von Auschwitz sei ein "Versuch, innerhalb einer vollständig relativistischen Welt ein negatives Absolutum zu installieren, von dem neue Gewißheiten ausgehen können". Doch dabei bleibt Sieferle nicht stehen. Es fallen elende Sätze wie "Du sollst keinen Holocaust neben mir haben", und es ist von "den ominösen sechs Millionen" ermordeter Juden die Rede. Sieferle ist hier nicht weit von der rechtsradikalen Argumentationsfigur entfernt, die zu Nur-noch-Tätern stigmatisierten Deutschen seien die eigentlichen Opfer. Dennoch: Der Autor verkleinert Auschwitz nicht. Und er war auch kein Antisemit, wie es ihm die stellvertretende Chefredakteurin des "Spiegel" vorwarf. Aber er näherte sich in diesen Aufzeichnungen trüben und von Ressentiments getriebenen Verschwörungsvermutungen.

Lohnt es, sich über einen solchen Autor Gedanken zu machen? Es lohnt. Denn Sieferle war

vielleicht ein Außenseiter, aber kein Outcast. Über lange Jahre hinweg galt er als ein weithin anerkannter Autor. Die Verlage, in denen seine Bücher erschienen, lesen sich wie ein Gotha des bundesdeutschen Verlagswesens: Ullstein, C.H. Beck, Suhrkamp, Propyläen, S. Fischer, Luchterhand, Böhlau. Er war einer der ersten von der Linken kommender Autor, der den Widerspruch zwischen linkem und liberalem Fortschrittsstreben und der Endlichkeit der natürlichen Ressourcen in den Mittelpunkt seiner Arbeit stellte.

Er schrieb über den unterirdischen Wald, also die Steinkohlevorräte der Welt, und arbeitete sich dazu tief in die Einzelheiten der geologischen Forschung ein. Er zeichnete die lange Geschichte der Fortschrittsfeinde und Zivilisationskritiker nach und legte ihre Motive und ihre guten wie schlechten Argumente frei. Siefertle befaßte sich mit dem Problem des Bevölkerungswachstums, in dem klassische Ökonomen eine Gefahr für den Wohlstand der Nationen sahen und von dessen weltweiter Dimension er befürchtete, sie werde den europäischen Sozialstaat zerstören.

Er lehrte an den Universitäten von Mannheim und St. Gallen, wo er einen Didaktik-Preis für die beste Lehre erhielt. Als einziger Historiker wurde er eingeladen, eine Expertise für das Transformationsgutachten des "Wissenschaftlichen Beirats der deutschen Bundesregierung" zu schreiben. Er gab der Expertise den Titel "Lehren aus der Vergangenheit". Seine Bücher wurden regelmäßig in den Feuilletons der großen Zeitungen besprochen, mal respektvoll, mal polemisch, mal hymnisch lobend (so etwa von Franziska Augstein, die Siefertles Buch "Rückblick auf die Natur" pries, "weil jede Seite des stilistisch hervorragenden, inhaltlich kühnen Essays die Lektüre lohnt").

Ist endloses Wachstum möglich? Was kostet es? Zerstört es am Ende die Lebensgrundlagen? Kann man dem großen Rad in die Speichen greifen? Diese Fragen trieben Siefertle um. Kein Wunder, daß ein Autor, der in der industriellen Gegenwart so etwas wie einen Tanz auf dem Vulkan sah, kein stürmischer Optimist war, sondern eher ein Skeptiker, ein Zweifler und auch ein Pessimist. Für den, wie ein Freund weiß, "das Glas Wasser immer halb leer, nie halb voll war".

Rolf Peter Siefertle hat mindestens zwei Bücher hinterlassen. Das eine harret noch der Veröffentlichung: die mehr als 600 Seiten lange Studie "Krieg und Zivilisation. Eine europäische Geschichte". Das andere ist erschienen: "Das Migrationsproblem. Über die Unvereinbarkeit von Masseneinwanderung und Sozialstaat". Alles empört sich über das bekanntere "Finis Germania" - über dieses Buch aber redet niemand. Dabei lohnt es die Auseinandersetzung. Denn es ist eines der ganz wenigen ernst zu nehmenden deutschsprachigen Bücher, die sich radikal gegen Angela Merkels Flüchtlingspolitik wenden und den Deutschen vorwerfen, mit ihrer "Willkommenskultur" das Gemeinwesen letztlich zu ruinieren.

Das Buch ist eine scharfsinnige Begründung der These, daß wir es eben doch *nicht* schaffen könnten. Seine Argumente sollte man nicht tabuisieren, sondern diskutieren. Siefertle spitzt in dieser Schrift viele seiner Argumente aus früheren Büchern zu. Das wirft zudem die Frage auf, ob in dem Weg vom frühen "linken" zum späten "rechten" Siefertle eine gewisse Folgerichtigkeit zu erkennen ist.

"Wir kriegen jetzt plötzlich Menschen geschenkt." So kommentierte Katrin Göring-Eckardt, heute Spitzenkandidatin der Grünen, im November 2015 hochofrend den Zustrom von Flüchtlingen nach Deutschland. Solchen Unsinn würde selbst sie heute nicht mehr äußern. Und doch ist diese Denkfigur noch immer symptomatisch für die fahrlässige Blauäugigkeit und Unverantwortlichkeit vieler derer, die in den Flüchtlingen ausschließlich eine Bereicherung Deutschlands sehen. Die glauben, Flüchtlinge würden unser demographisches Problem lösen. Die hoffen, die Flüchtlinge würden den deutschen Facharbeiter-Gap schließen, würden - so Daimler-Chef Zetsche - ein neues Wirtschaftswunder in Gang setzen. Und die der Überzeugung sind, Flüchtlinge würden das Land vielfältiger und toleranter machen.

Gegen diese Litanei geht Siefertle in "Das Migrationsproblem" mit großer Schärfe, aber fundiert und mit guten Argumenten vor. Er sagt, die Massenmigration sei kein Armuts-, sondern ein Wohlstandsphänomen: "Da die Differenz im Lebensstandard zwischen den Regionen der Welt seit 1990 abgenommen hat, bedeutet dies, daß immer mehr Menschen in die Lage versetzt werden, sich zu informieren und eine Entscheidung für die Migration zu treffen. Es ist also die Zunahme des relativen Wohlstands (und nicht die Armut), die in den letzten Jahren eine Massenmigration eingeleitet hat."

Doch es kämen nicht Qualifizierte, wie Deutschland sie dringend bräuchte, sondern vorwiegend Unqualifizierte. Die Mehrheit von ihnen werde dann langfristig vom ohnehin schon überdehnten Sozialstaat ausgehalten. Zudem erlebten die meisten Migranten zwar einen materiellen Aufstieg, sozial jedoch einen Abstieg. Darauf würden sie mit Abschottung und Rückzug in die ihnen vertrauten Familien- oder gar Clanstrukturen antworten. Deutschland werde, so Siefertle, durch Masseneinwanderung nicht vielfältiger, sondern amorph. Nicht friedlicher, sondern gewalttätiger. Nicht moderner, sondern archaischer und roher.

Wie man in fast jeder deutschen Großstadt beobachten kann, sind das alles Hinweise auf reale Probleme, die eine auf den Erhalt der republikanischen Ordnung verpflichtete Einwanderungspolitik mit aller nur denkbaren Kraft angehen muß. In der Analyse scharf, macht Rolf Peter Siefertle jedoch keine Vorschläge, wie diese Fragen zu lösen seien. Das liegt nicht daran, daß er sich in der bequemen Rolle des Kritikers eingerichtet hätte, den man nach Lösungen besser nicht fragt. Es liegt an einem gedanklichen Dilemma.

Eigentlich müßte Siefertle in der Konsequenz seiner Argumentation die totale Abschottung Deutschlands und aller anderen Staaten Europas gegenüber Einwanderern fordern (was er an der einen und anderen Stelle auch erwägt). Dafür gäbe es ein starkes Argument: Wer den Sozialstaat - der so etwas wie der grundlegende deutsche Gesellschaftsvertrag ist - beliebig ausweitet, der zerstört ihn. Es kann keinen universellen Sozialstaat geben.

Denn der Sozialstaat ist historisch an eine Formation gebunden, die die Migrationsfreunde gerne verabschieden würden: "Der Wohlfahrtsstaat beruht im Kern auf Solidarität und Vertrauen innerhalb eines politisch begrenzten, genau definierten Raums, nämlich des Nationalstaats." Dieser folge dem "Prinzip der Genossenschaft, er ist also ein Club mit definierter Mitgliedschaft". Und seine Fülle macht ihn attraktiv für Nicht-Mitglieder, die auf dem Trittbrett mitfahren wollen. Das aber würde den Sozialstaat sprengen: "*No borders, no welfare.*"

Doch anders als viele, die heute *nur* von Obergrenze und Grenzschießung sprechen, ist Siefertle zu klug, um darin eine realistische Perspektive zu sehen. Er sagt, der Sozialstaat, ohne den Deutschland als Republik vielleicht nicht überleben kann, sei im Grunde ein Anachronismus: "Dem National-Staat entsprach die National-Ökonomie, und der Sozialstaat war deren fürsorgliche Ausgestaltung." Das alles sei aber mit der Globalisierung wohl unwiderruflich dahin.

Der Sozialstaat stehe auf verlorenem Posten, Grenzen seien fortan porös, weniger Einzahlernden stünden mehr Nutznießer gegenüber. Es könnte diese Befürchtung sein, die Siefertles Denken ins Tragische, Ausweglose, Kulturpessimistische getrieben hat. Letztlich sind es für ihn keineswegs nur die Migranten, die zu Deutschlands Ruin führen werden. Sie beschleunigen nur einen Prozeß, der ohnehin im Gang sei: den Prozeß der Dekadenz im Namen eines die Welt umarmenden Universalismus. Die Demokratie, die Volksherrschaft, brauche ein Korrektiv, um nicht in die Ochlokratie, die Herrschaft des Pöbels, umzuschlagen. Das aber sei dank einer pflichtvergessenen politischen Klasse offenbar längst geschehen.

Dann wird es böse und trüb. Die Epoche, in der man an den immerwährenden Fortschritt glauben konnte, sei seit den 70er-Jahren des vergangenen Jahrhunderts vorbei - aber noch immer tanze die Mehrheit um das Goldene Kalb des Konsums und verkomme immer mehr: "Der betreute Mensch wird im Zuge dieser Entwicklung immer weicher und unselbstständiger."

ger. Die Jungen werden zu Mädchen erzogen. Die Menschen werden empfindlicher, allergischer, veganer. Sie leben schutzlos in einer immer gefährlicher werdenden Welt."

Alles Vertrauen dahin, keine Verlässlichkeit mehr. Der Stil wandert nicht mehr, wie es früher war und noch immer gut wäre, von oben nach unten, sondern von unten nach oben: Allgegenwart des Lärms, Vernichtung der Stille, keine reflexive, sondern eine expressive, vulgäre Kultur. Im Zuge des dionysischen *prole drift* wird das Unter- zum Oberhemd und das Tattoo Pflicht - ein lustvoller Trip in den Untergang.

Und vollends verabscheuenswert ist für Sieferle der angeblich hemmungslose Universalismus, also die zur "fundamentalistischen Ideologie" erstarrte Überzeugung, im Grunde seien alle Menschen gleich und es gelte, diese Gleichheit weltweit zu verwirklichen. Sie ist für ihn der Krebs, der die Substanz Deutschlands zerfrißt. Im Namen globaler Verantwortung greife die vollkommene Verantwortungslosigkeit um sich. Die trunkenen Universalisten öffnen die Grenzen und "heißen die Invasorenstämme willkommen", die Deutschland in eine multitribale Gesellschaft verwandeln, in der die "Barbaren" den Ton angeben.

Das ist ziemlich nah am Wahn. Trotz aller gewaltiger Probleme, die die Einwanderung aufwirft, ist Deutschland nach wie vor unverkennbar ein gut eingerichtetes und gut verwaltetes Land, um das wir vielerorts in der Welt beneidet werden. Und das in den Fluten der Migration nicht unterzugehen droht. Man soll sich über die Kapriolen des Genderismus durchaus echauffieren - aber man kann nicht ernsthaft bestreiten, daß es ein Fortschritt ist, wenn Frauen heute mehr Rechte und Chancen haben als früher.

Trotz Dieselskandal und Aushöhlung des Parlamentarismus - von Chaos, Regellosigkeit, Anarchie, gebrochenem Landfrieden und Staatsversagen keine Spur. Wie konnte Sieferle das alles beiseite wischen? Vermutlich hat er sich, wie viele andere glühende Merkel-Feinde auch, in Rage gedacht. Und alle Vorsicht fahren lassen. Zwar geht er, dafür ist er zu klug, nicht so weit, der Bundesregierung und dem ihre Flüchtlingspolitik unterstützenden intellektuellen Milieu zu unterstellen, sie arbeiteten bewußt und planvoll an der "Umvolkung" und letztlich Vernichtung Deutschlands.

Aber immer wieder scheint in seiner Schrift der Verschwörungsgedanke durch. Etwa wenn er schreibt: "Das einst recht homogene Volk *soll* sich in einen Stamm unter Stämmen verwandeln." Wo etwas sein *soll*, da muß es Planer, Drahtzieher und eine Absicht geben. Und die Deutschen, so Sieferle, seien selbstvergessen genug, daran auch noch mitzuwirken: "Deutsch sein heißt, an seiner Auflösung zu arbeiten."

Rolf Peter Sieferle hat sich in Rage gedacht, und er hat versucht, sich dabei abzuhärten. Es fehle heute - schrieb er, aus Max Webers "Politik als Beruf" zitierend - "die geschulte Fähigkeit des Blickes in die Realitäten des Lebens, und die Fähigkeit, sie zu ertragen und ihnen innerlich gewachsen zu sein". Ein wenig klingt das wie zu sich selbst gesprochen. Sieferle hat sich die heroische Geste, das Ausharren auf verlorenem Posten, den Blick in den vermeintlichen Abgrund und zuletzt auch eine zynische Verächtlichkeit sowie Ausflüge in das Reich enthemmter Schimpfworte (Hunnen, Gesinnungsdeppen, Horden, Barbarengelände) offenbar regelrecht antrainiert.

Er hat sich den antiuniversalistischen Furor wie einen Panzer angeschnallt. Und so kam es, daß in seinen letzten Schriften alle Versuche, die Menschen unterschiedlicher Nationen und Erdteile zusammenzubringen und übernationale Strukturen des Austauschs und der Verständigung über Kulturgrenzen hinweg zu schaffen, nicht einmal der Erwähnung wert waren. Empathie und Mitgefühl, das ist aus den Zeilen Sieferles immer wieder herauszuhören, sind nicht wertvoll, sondern verweichlichte Schwäche.

Es gibt eine warme und eine eiskalte konservative Politik des Bewahrens. Für erstere steht exemplarisch Edmund Burke, schon 1790 der erste große Kritiker der Französischen Revolution. Er war nicht der britische Reaktionär, als der er bis heute karikiert wird. Er fürchtete die

Gewalt, die Umstürze freisetzen können, und wollte daher lieber das bewährte Alte erhalten und es behutsam verbessern. Und obschon ein Konservativer, war er in seinen politischen Optionen immer auch von Mitgefühl geleitet. Er sah das Leid der landlosen Armen, und es ließ ihn nicht kalt. Er sah, daß es gute Gründe für die Kolonisten in Amerika gab, sich gegen London aufzulehnen, und war deswegen - auch um der Einheit der Nation wegen - bereit, ihren Forderungen weitgehend nachzugeben.

Der Konservatismus, für den sich Rolf Peter Sieferle entschied, war dagegen ein Konservatismus des kühlestes Kopfes und des Selbstverbots von Empathie. Er hatte am Ende wohl ein tragisches Weltbild, jedoch nicht in dem Sinne der Einsicht, daß es - wie etwa in der Migrationsfrage - bei vielen Problemen keine einfachen oder gar keine Lösungen gibt, man aber gut daran tut, sich nach Kräften um deren Milderung zu bemühen.

Sieferle hat sich mit seinem analytischen Werkzeug vielmehr einen elitären, man kann sagen: einen Herrenmenschen-Konservatismus zusammengezimmert. Eine kleine Schar von Erleuchteten gegen den Pöbel, die Deppen, die Verführten, die dummen Arglosen. Sieferle war nicht mehr weit von der Konservativen Revolution entfernt, über deren führende Köpfe er 1995 ein kritisches, aber auch um Verstehen bemühtes Buch veröffentlicht hatte.

Da saß er nun in seinem Turm und schmähte die Welt. Hinter seiner vorgeblichen Kälte vibrierte vermutlich eine geradezu kindliche Verletztheit darüber, daß die Welt partout nicht bereit war, sich auf seine Erkenntnisse, die er für zwingend hielt, auszurichten.

Gegen nichts richtete sich Sieferles Zorn heftiger als gegen den Universalismus. Er hält ihn durch und durch für verlogen. Einer eigentümlichen Emanzipationsdynamik folgend, sollen alle Menschen - überall auf der Welt - gleich sein. Und zugleich Besondere sein. Das aber gehe nicht, so Sieferle. Denn der Universalismus - siehe die heutige Alltagskultur - zerstöre alles Besondere. Er will die hohle Weltgesellschaft und auf dem Weg dahin den partikularen Nationalstaat zerstören. Er will alles für alle und zerstört damit den Motor der Differenz. Diese Gedanken hat Sieferle schon 1994 in seinem langen Essay "Epochenwechsel" entwickelt. Sein "Absturz" (Seibt) ist also keineswegs neueren Datums, schon in den 90er-Jahren war er mit dem linksliberalen Narrativ vollkommen über Kreuz.

Aus diesen Jahren, und nicht aus seinen letzten Lebensjahren oder -monaten, stammt übrigens auch "Finis Germania", das gewissermaßen die zugespitzten Nacht- und Nebengedanken zu "Epochenwechsel" enthält. Keinem der Empörten ist offensichtlich aufgefallen, daß es in "Finis Germania" mehrere Stellen gibt, denen die Entstehungszeit zumindest wesentlicher Teile der Schrift eindeutig zu entnehmen ist - etwa wenn er von dem 50 Jahre zurückliegenden Ende des Zweiten Weltkriegs spricht.

Es ist mehr als eine Pointe, daß sich hier der Bogen zu dem Linken schließt, der Sieferle einmal gewesen war. Mit 16 Jahren studierte er die Werke von Karl Marx, mit 19 Jahren gehörte er dem SDS an. Früh löste sich Sieferle, der unter Freunden "Pit" genannt wurde, von der Linken, ging auf kritische, keineswegs polemische, oft aber ironische Distanz und blieb fortan konsequent ein Beobachter des politischen Geschehens. Im Studentenwohnheim traf er auf die späteren Ethnologen Fritz Kramer und Hans Peter Duerr ("Der Mythos vom Zivilisationsprozeß"). Man war stolz darauf, 300 Seiten Lektüre am Tag zu bewältigen.

Wie viele für Theorie empfängliche 68er stand auch Sieferle zumindest mit einem Bein in der Tradition des deutschen Idealismus und seiner Marxschen Wende. Die *ganze* Welt, mußte es sein. Die Theorie mußte rückstandslos aufgehen, und es sprach gegen die Wirklichkeit, wenn sie der Idee nicht gerecht wurde. Obwohl später an Universitäten bestellt, war er im Grunde ein Privat-, ein wenig auch ein Stubengelehrter. Die ihn kannten, beschreiben ihn als Einzelgänger, aber als geselligen Einzelgänger: Freunde, Gespräche, Austausch. Ein "anhänglicher Freund" sei er gewesen, der sich über jeden Kontakt freute, selten aber selbst die Initiative ergriff. Um seine Gedanken zu sammeln, ging er täglich zwei bis drei Stunden zügig spazie-

ren, schnell, nicht entspannt, bergauf, bergab.

Der Rest des Tages: Lektüre, Lektüre, Schreiben. Selbst im hellsten Sommer saß er, wie ein Freund sagt, bei zugezogenen Vorhängen im abgedunkelten Zimmer lesend und schreibend unter einer Stehlampe. Ganz das alte Heidelberg. Siefert sprach fließend Latein: Einmal habe er, erinnert sich ein anderer Freund, in Rom mit einem Priester auf Lateinisch über sakrale Kunst parliert.

So entsteht das Bild eines genialischen Gelehrten, der es in der Stille seines Studierzimmers mit der ganzen Welt aufnehmen will. Einer über dem Rest der Welt, einer auch gegen den Rest der Welt. Das umfangreiche Werk Siefertles, der eine klare, oft funkelnde Prosa schrieb, durchzieht ein gedankliches Bemühen, den Stein der Weisen, die rettende Formel zu finden. Marx war da ein großes Vorbild. Als sich Siefertle von ihm ab- und der Erforschung der Naturgeschichte der Gesellschaften zuwandte, kreiste sein Denken fortan um ein großes Problem, das heute wie eine Riesenlast auf den Schultern der Menschheit liegt.

Siefertle fragte: Ist *langfristig* und *nachhaltig* eine Fortentwicklung und Ausbreitung der Industriegesellschaften möglich, die mit dem Bevölkerungswachstum Schritt hält und zugleich die Ressourcen des Planeten nicht auf suizidale Weise aufzehrt? Eine größere Frage kann man sich kaum stellen. Die Titanenaufgabe, sie zu beantworten, kann heute allenfalls noch ein großes, interdisziplinär zusammengesetztes Forschungsteam mit Aussicht auf Gelingen angehen. Siefertle dagegen, hierin noch ganz 19. Jahrhundert, hat es im Alleingang versucht. Und mußte sich damit wohl zwangsweise etwas von jener Hybris zulegen, die am Ende seines Lebens Züge von Menschenfeindlichkeit annahm.

Obwohl er genau wußte, daß man Geschichte nicht als Ideengeschichte schreiben kann, neigte er doch genau dazu. Die Evolution der Ideen überlagert bei ihm die Ereignisse, schiebt sie beiseite. Natürlich war ihm bewußt, er schrieb ja auch darüber, daß Geschichte nicht Plan, sondern Ereignis ist: nie berechenbar, immer chaotisch, wirr, disruptiv. Und doch konnte er der Versuchung nicht widerstehen, einer der Geschichte innewohnenden, vorbestimmten Logik nachzuspüren. Das schmälerte seine Neugier auf Zufälle, es verwehrte ihm den Zugang zum Pragmatismus. Ein Kritiker hat ihm einmal "Vermittlungsunfähigkeit" vorgeworfen. In seinem Furor gegen den humanistischen Universalismus wird das besonders deutlich.

Rolf Peter Siefertle versteht dessen Anspruch als Programm, als Handlungsanweisung, als Strategie: Alle Menschen sind gleich, und der Universalismus setzt das durch, zu hundert Prozent. Dieser Universalismus ist ein Herrscher, der sich die Welt unterwerfen will: Sieg oder Niederlage. Es gibt aber auch einen anderen, wenn man will: einen real existierenden Menschen kompatiblen Universalismus. Der ist kein zu exekutierendes Programm, sondern eine Ahnung, ein Gefühl, ein Impuls, eine Einsicht, ein Wollen, ein Mitgefühl. Das sichere, keineswegs spinnerte Gefühl, daß alle Menschen etwas verbindet.

Dieser Universalismus dekretiert nicht, daß alle Menschen gleich sind, er hält nur extreme Formen von Ungleichheit für unerträglich. Und meint, es sei unsere Aufgabe, das zu mildern. Er verwirft nicht die partikularistische Nächstenliebe, die dem eigenen Umfeld gilt, zugunsten der universalistischen Fernstenliebe, von der er weiß, daß sie eine Schimäre bleiben muß. Er hält nur ganz entschieden dafür, daß es möglich und im Namen des Humanismus geboten ist, den Zeiger ein klein wenig von der Nächstenliebe weg zur Fernstenliebe hin zu verschieben. Viele kleine Akte dieser Art machen die Welt zu einem besseren Ort. Für diese Methode hatte Siefertle, der verspätete Universalgelehrte, keinen Sinn.

Im Blick auf die Theoretiker des 18. und 19. Jahrhunderts, die den radikalen Verzicht auf Armenhilfe forderten, weil diese zu Bevölkerungswachstum und zum Ruin der Gesellschaft führen würde, schrieb Siefertle 1990: "Diese Position war nicht ohne ein Pathos realistischer Härte, sie war von einer kristallinen Schärfe, die sich ihrer szientistischen Differenzierung verdankte. (...) In gewisser Weise entthob sie sich damit überkommener moralischer Bedenken;

sie stellte Gesellschaft und Ökonomie als mechanisches Regelsystem dar, von inneren Gesetzen beherrscht, ohne Zwang zur Begründung und Bewertung."

Als Siefertle mehr als 20 Jahre später das Mitleid gegenüber Migranten zum Grundübel der Zeit erklärte, legte er sich eben diese "Position realistischer Härte" zu, die von "kristallener Schärfe" ist und die ihn "überkommener moralischen Bedenken" enthob. Siefertles geistiger Weg war auch ein Weg geistiger Selbstabhärtung. Dabei kam ihm sein Hang zur Verächtlichkeit gegenüber der modernen Massenkultur zupaß, in der er eine infantile "Verschnullerung" der Gesellschaft sah. Er war kein Apokalyptiker. Aber die Schärfe seines Denkens trieb ihn in eine fundamentale politische Ausweglosigkeit, die auch der Verzweiflung nahe war.

Eine Selbsttötung adelt nicht, macht den Toten nicht zum Heros. Sie stellt sein Leben aber auch nicht gänzlich in den Schatten des Suizids, sie kontaminiert das Werk des Autors nicht. Siefertle hat es verdient, nicht nur von seinem Ende her, nicht nur als "Verirrter" gewürdigt zu werden. Er hat wichtige Bücher geschrieben, die bleiben werden. Er ist nicht "abgestürzt", sein gedanklicher Weg beweist aber, daß es keine sicheren Orte des Denkens gibt. Daß ein konsequent Forschender an Abgründe geraten und auf unauflösbare Dilemmata zuschlittern kann.

Siefertle ist auf ein gerne beschwiegenes Dilemma gestoßen, auf eine Aporie der westlichen Industrie-, Einwanderungs- und Spaßgesellschaften: Der Fortschritt ist offensichtlich unaufhaltsam. Es könnte zum Crash, zur Selbstzerstörung kommen. Daher darf man der Frage nicht ausweichen, ob Wachstum und Stabilität wirklich kompatibel sind. Wie Universelles und Partikulares sich nicht gegenseitig bekämpfen, sondern zusammengehen können. Wie wir Deutschland öffnen und doch bewahren können.

*Zur Person:* Thomas Schmid nahm in seinen Zwanzigern an der Studentenbewegung in Frankfurt teil, was ihn später gegenüber Heilslehren mißtrauisch machte. Und ihn die Bürgerfreiheit schätzen lehrte. Lektor, freier Autor, Journalist. Zuletzt in Berlin Chefredakteur und dann Herausgeber der "Welt"-Gruppe. In diesem Blog veröffentlicht er regelmäßig Kommentare, Essays, Besprechungen neuer, älterer und sehr alter Bücher, Nachrufe und nicht zuletzt Beobachtungen über den gemeinen Alltag.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 9. August 2017: >>**Mehr Patriotismus wagen!**

Deutschland ist ein großartiges Land. Warum tun wir uns so schwer damit, stolz auf dieses Land zu sein? Kaum ein Volk hat das schlechte Gewissen wegen seiner eigenen Identität so verinnerlicht wie die Deutschen. Die perfektionierte Selbstverleugnung und der ängstliche Eifer, bloß nicht "typisch deutsch" daherzukommen, wirken auf andere genau so: typisch deutsch. Und das macht uns in der Welt nicht beliebter, sondern läßt das Mißtrauen wieder wachsen.

Für einen Italiener oder Briten, einen Franzosen oder Polen ist Stolz auf das eigene Land eine Selbstverständlichkeit. Es ist die Grundlage eines Zusammengehörigkeitsgefühls, über das man nicht erst diskutieren muß.

Sie stehen zu ihrem Land, mit allen historischen Höhen und Tiefen, und sind gerade deswegen gute Europäer, weil sie ihren festen Platz kennen.

Die Sehnsucht, den eigenen Staat und die eigene Identität in einem nebulösen europäischen Superstaat auflösen zu wollen und nur noch "gute Europäer" zu sein, ist eine deutsche Besonderheit. Sie kommt den Nachbarn verdächtig vor - mit gutem Grund. Denn sie alle verfolgen ihre eigenen nationalen Interessen, wenn sie sich auf die europäische und internationale Bühne begeben.

Je mehr die seltsamen deutschen Politiker beteuern, nur dem europäischen Gedanken, den Menschenrechten und dem Weltfrieden zu dienen und dabei keine eigenen Interessen im Sinn zu haben, desto argwöhnischer unterstellt man ihnen, einen Geheimplan zur Weltherrschaft in



der Schublade zu haben.

Denn der Nationalstaat ist alles andere als überholt. Politik ist auch im globalen 21. Jahrhundert Staatenpolitik. Die Staaten sind die handelnden Figuren auf der politischen Bühne, auch wenn sie sich - als EU oder UNO, als afrikanische, nordamerikanische, asiatische oder eurasische Organisationen - zu überregionalen Staatenbündnissen zusammenschließen.

Denn nur die Staaten haben völkerrechtliche Legitimität und nur im Nationalstaat kann es auch Demokratie und Sozialstaat geben.

Ohne Nationalstaat kein Staatsvolk, ohne Staatsvolk keine demokratische Legitimation und Willensbildung und keine soziale Solidarität.

Wenn die Kanzlerin behauptet, jeder gehöre zum Volk, und die SPD auch noch jedem Immigranten das Wahlrecht nachwerfen will, legen sie die Axt an die Wurzeln der Demokratie.

### **Nationalstolz ist normal und kein Verbrechen**

Wir Deutschen haben keinen Grund, unseren Staat und das, was Generationen aufgebaut haben, leichtfertig an alle Welt zu verschenken und zu verschleudern. Fast ein Dreivierteljahrhundert nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs ist es höchste Zeit, die deutschen Nationalneurosen zu überwinden.

Auch die Deutschen haben eine Geschichte, auf die sie stolz sein können, ohne die finsternen Jahre des Nationalsozialismus und seine Verbrechen dabei auszublenden. Die deutsche Einheits- und Freiheitsbewegung, die in der Aufklärung wurzelt, die Reformen und Freiheitskämpfer des 19. Jahrhunderts, das Hambacher Fest und die Märzrevolution von 1848 hervorgebracht hat, die Republik von 1919, der Widerstand gegen Hitler und gegen die kommunistische "DDR"-Diktatur bis zur friedlichen Revolution und zum Mauerfall 1989 bieten Anknüpfungspunkte genug, um selbstbewußt in die Zukunft zu gehen.

Der "German Genius", dem ein britischer Historiker unlängst ein respektvolles Standardwerk gewidmet hat, wird in der Welt ebenso geschätzt wie deutsche Tüchtigkeit, Pünktlichkeit, Zuverlässigkeit, Effizienz, eine der Grundlagen des weltweiten Erfolgs unserer Industrieprodukte und damit unseres Wohlstands.

"Typisch deutsch" ist in weiten Teilen der Welt noch immer ein Ausdruck der Anerkennung.

Wir sollten uns nicht selbst schlechter machen, als andere uns sehen und endlich mehr Patriotismus wagen.

### **Verspielen wir nicht unser Erbe!**

Erinnert sich noch jemand an das "Sommermärchen" 2006? Deutschland als Austragungsort der Fußball-WM in einem fröhlichen Meer von Schwarz-Rot-Gold, die Welt zu Gast bei Freunden, Erleichterung im europäischen Ausland: Die Deutschen sind endlich normal geworden und haben ein entspanntes, positives Verhältnis zu ihrem Land und ihren Nationalsymbolen gefunden.

Das war gerade mal ein halbes Jahr nach Angela Merkels erster Wahl zur Bundeskanzlerin. Nach zwölf Merkel-Jahren hat sich das Bild dramatisch geändert. Die Szene, wie die Parteichefin nach ihrem dritten Wahlerfolg 2013 ihrem linkischen damaligen Generalsekretär Hermann Gröhe am Wahlabend ein Deutschlandfähnchen entwindet und es verärgert von der Bühne wirft, steht dafür als Symbol: Deutschland ist zur Abwicklung freigegeben.

Mit einer Mischung aus ungläubigem Staunen, verhaltenem Entsetzen und da und dort auch heimlicher Schadenfreude beobachtet die Welt seit Jahren, wie Deutschlands politische Klasse das eigene Land und seine Stärken demontiert:

- wie sie den Wohlstand und das Volksvermögen der eigenen Bürger verpfändet, um gescheiterte Krisenstaaten in der Euro-Währungsunion zu halten und sich dafür auch noch als "Unterdrücker" beschimpfen läßt;
- wie sie mit einer irrationalen "Energiewende" die sichere deutsche Energieversorgung zer-

schlägt, Bürgern und Industrie unerträglich hohe Energiekosten aufbürdet und die europäischen Stromnetze bis an die Belastungsgrenze strapaziert;

- wie sie noch eine "Mobilitätswende" obendrauf setzen will und im Griff grün-linker Öko-Ideologen einen Vernichtungsfeldzug gegen den Dieselmotor und damit gegen die eigene Automobilindustrie führt;

- wie sie die Kontrolle über die eigenen Grenzen aufgegeben hat, millionenfache Einwandererströme eingeladen hat und andere EU-Staaten moralisch erpressen will, sich an der Aufnahme dieser Ströme zu beteiligen.

Dieser Moralimperialismus hat Deutschland politisch isoliert und einen tiefen Keil zwischen die europäischen Staaten getrieben. Noch 2013 bewunderte der damalige Londoner Bürgermeister Boris Johnson Deutschland als Vorbild für Europa. Inzwischen ist Großbritannien wegen der Berliner Asylpolitik aus der EU ausgetreten, Austrittsbefürworter Johnson ist Außenminister, und der britische Politologe Anthony Gledhill schüttelt den Kopf über den "gefühlsgeliteten Hippie-Staat" Deutschland, der alle Regeln bricht.

**Mit ihrer "Willkommenskultur" hätten die Deutschen "ihr Gehirn verloren".**

Im Norden und Osten der EU formiert sich erbitterter Widerstand gegen die Merkel-Politik, weil Dänemark das Land der Dänen, und Polen das Land der Polen bleiben soll. Damit wir als Deutsche die Achtung der Welt nicht vollends verlieren, müssen wir diesen Sonderweg aufgeben, uns zur eigenen Identität bekennen und zu einem gesunden Patriotismus zurückfinden.<<  
Der deutsche Journalist und Autor Peter Bartels schrieb am 9. August 2017 in der Wochenzeitung "Deutschland-Kurier": >>Die Wahlen im September sind entschieden. Wenn die Meinungsforscher recht haben. Und die haben immer recht. Fragen ja nur die Meinung ab, die sie hören wollen. Gut, manchmal kommt ein Brexack dazwischen. Oder ein Drecksack mit Fönwelle.

Aber sonst? Felix FPÖ konnte den GRÜNEN-Präsidenten nicht verbellen. Die holländischen Tulipane haben nur links Kleinholz gemacht. Und die Guillotine-Gallier lavierten ihre Marine nicht mal an einem "Monsieur Null Ouvert" vorbei in den Präsidentenpalast.

Jetzt also die Germanen!! Merkel zum Ersten - zum Zweiten - zum Dritten - und zum ...Vierten! And the Michel goes to... Angela!

Wenn also klar ist, wie die "Deutschland-Auktion" ausgeht - wer das Land der Kapitalisten und Kaputtmacher die nächsten vier Jahr weiter in den Schlaf lullen darf - warum noch wählen gehen? Weil es unsere demokratische Pflicht ist? Ist es nicht. Nur unser Recht! Pflicht war es bei der "Deutschen Demokratischen" SED. Weil die Völker die Signale hören sollten: 97,8 Prozent der Werktätigen wollen Sozialismus. So etwas schaffen heute nur noch die Sozis im kleinen Kreis, wenns um den Kanzlerkandidaten geht. Dann sogar zu 100 Prozent.

Wohin das führt, sehen wir: SPD im Keller. SED-LINKE, GRÜNE noch tiefer. FDP etwas nach oben geföhnt. CSU drehhofert sich ins "Aus". Also wieder Angela v. Watschel, Reichsverweser/in von Kohls Gnaden! Und alles bleibt, wie es war: Grenzen als Hülle, Moslems die Fülle. Und nie mehr Not, für immer Rot. Und Rotkäppchen, klar, Rot kann man eines Tages nur noch Blau ertragen.

Die AfD ist blau, farblich! Alternative für Deutschland. In MeckPom, Thüringen, Sachsen, Brandenburg ist sie es schon. In Bayern, Baden Württemberg, Rheinland-Pfalz auch. In NRW, wo es was bringen würde, holt derzeit nur ein Bergmann und Ex-SPD-Genosse richtig Stimmen. "Richtig"? Um die 20 Prozent. Bis jetzt nur in Essen.

Also doch: Wählen!<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 9. August 2017: >>Die Goldene Hoftrompete für den Monat Juli geht an: Die ARD

Spötter meinen schon länger, daß die ARD-"Tagesschau" sich von der "Aktuellen Kamera" des "DDR"-Fernsehens vor allem dadurch unterscheidet, daß Letztere die Zuschauer doppelt

so lange gelangweilt hat. Dafür gibts heute Propaganda-Lautsprecher wie die Merkel-Verehrerin Sabine Rau aus dem rot-grünen WDR-Stall.

Da erklärt der Europäische Gerichtshof (EuGH) die EU-Asylregeln des Dublin-III-Abkommens weiterhin für gültig - und was kommentiert "Expertin" Sabine Rau in der "Tagesschau"? Die Bundeskanzlerin habe ja bereits "konkrete Maßnahmen eingeleitet" - im CDU-Wahlprogramm stehe doch schon der Satz, "was 2015 passiert ist, darf sich nicht wiederholen".

"Passiert" ist, daß die Kanzlerin das Recht gebrochen hat und bis heute bricht. So wie die Versprechen in ihren Wahlprogrammen übrigens. Frau Rau juckt so was nicht. Zum Lobe Merkels legt sie sogar noch die steile Behauptung drauf, an der "deutsch-ungarischen Grenze" gebe es jetzt ja "stärkere Kontrollen". So viel geballte und geographische Medienkompetenz muß uns schon acht Milliarden Euro Zwangsgebühren jährlich wert sein.

Die Anfrage eines aufmerksamen Rechtsanwalts, wo diese "ungarisch-deutsche Grenze" denn verlaufe, blieb übrigens unbeantwortet. Die "Tagesschau" hat das peinliche Video auch eilig gelöscht. Macht nichts: Das Internet vergißt nichts, wir auch nicht. Das ARD-Hauptstadtstudio steht zu dem grotesken Auftritt seiner Mitgründerin und zeigt den Kommentar – zumindest bis Redaktionsschluß - weiter auf seinem Blog. Die "Goldene Hoftrompete" haben sie sich damit redlich verdient.<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 12. August 2017: >>Wenn die AfD klingt wie die antiimperialistischen Linken

In der Schlange vor dem "Halber 85" vertreibt man sich die Zeit mit Gesprächen übers Wetter. Der Himmel über Magdeburg ist grau, es nieselt. Und einige Leute wissen genau, warum: "Es werden Schwermetalle in die Luft geblasen. Von Flugzeugen aus. Dadurch bilden sich Wolken. Und dadurch werden wir lethargisch. Es gibt ja in Deutschland keine Männer mehr." Aber wer macht das? Wissendes, mitleidiges Lächeln: "Wer wohl? Die, die man nicht nennen darf. Sagen wir: Amerikaner." Willkommen in der Welt der Teilnehmer des AfD-"Rußland-Kongresses".

Geladen hat die AfD-Landtagsfraktion von Sachsen-Anhalt. Gekommen sind mindestens 250 Menschen, der Saal ist bis auf den letzten Platz besetzt. Die meisten entsprechen dem Klischee: Männer in dem, was man euphemistisch "besten Alter" nennt. Es sind aber auch viele junge Männer dabei. Kaum Frauen. Viele Teilnehmer sind Rußlanddeutsche.

Moderatorin Katrin Ziske vom "Compact Magazin für Souveränität" begrüßt sie auf Russisch. Die AfD ist die einzige Partei, die gezielt die Rußlanddeutschen anspricht, mit eigenen russischsprachigen Medien, über Interviews im russischen Staatssender "RT Deutsch", und seit Kurzem mit einer "Interessengemeinschaft der Rußlanddeutschen in der AfD".

Deren Vorsitzender Waldemar Birkle, der in Kasachstan geboren wurde und sich in seinem Pforzheimer Wahlkreis um ein Direktmandat für den Bundestag bemüht, vergleicht in seiner Rede die Rolle der Aussiedler für die AfD mit der angeblich bestimmenden Rolle der Türken in der SPD. Freilich würden die Rußlanddeutschen wie die Russen, aber anders als die Türken, noch die deutschen Tugenden verkörpern, die heute aber hierzulande als spießig belächelt würden.

Durch die Umerziehung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg seien sie zu einem Volk ohne Geschichte geworden, so Birkle - oder mit nur einer Geschichte, der Nazigeschichte. "Wer aber die eigene glorreiche Geschichte nicht kennt, kann darauf nicht stolz sein." Diese Geschichtslosigkeit diene den "Strippenziehern hinter dem großen Teich". Für diese amerikanischen Strippenzieher habe Rußland "zwei Probleme: Bodenschätze und einen gesunden Patriotismus", der nicht zulasse, dass Fremde sie ausbeuten. Rußland werde heute von den Amerikanern für alles verantwortlich gemacht, wie früher Deutschland. Schon darum gehörten diese beiden Völker zusammen.

## **Rabiate Antiamerikanismus und Fremdenhaß**

In der Tat wäre es ehrlicher gewesen, den Rußland-Kongreß einen "Antiamerika-Kongreß" zu nennen - oder wie es Robert Farle ausdrückt, jahrelanger Funktionär der moskautreuen Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) in Nordrhein-Westfalen, heute Parlamentarischer Geschäftsführer der AfD in Sachsen-Anhalt: einen Kongreß "gegen den Versuch des US-Imperialismus, Europa zu unterjochen". Das Vokabular jedenfalls mußte Farle beim Parteienwechsel nicht ändern.

Schließt man die Augen (denn die Teilnehmer wären jünger und weiblicher, die Männer behaarter und mit einer Neigung zu Lederjacken und Jeans), könnte man sich tatsächlich auf einem Kongreß der Außerparlamentarischen Opposition Ende der 1960er Jahre oder der anti-imperialistischen Linken heute wähnen.

Hans-Jörg Müller etwa, Bundesvorsitzender des AfD-Mittelstandsforums, wettet gegen die "Neoliberalen und Neocons um Jeffrey Sachs", die nach dem Ende der Sowjetunion Rußlands Industrie im geopolitischen Auftrag der USA zerstört hätten. Seit hundert Jahren sei es Politik der USA, Deutschland und Rußland gegeneinander zu hetzen, um die amerikanische Herrschaft über Europa aufrechtzuerhalten, das habe der Geostratege George Friedman zugegeben. Und Condoleezza Rice, Beraterin von George W. Bush, habe empfohlen, Krisen in Europa zu provozieren, um einen sich abzeichnenden deutsch-russischen Block zu zerstören.

An diesem Punkt wird die Illusion, man befinde sich auf einer linken Veranstaltung, jäh zerstört, als mein Nachbar unter allgemeinem Lachen in den Saal hineinruft: "Nicht alle Neger sind blöd!" Tatsächlich verbindet ein Mann wie Müller, der als Vertreter diverser deutscher Firmen - darunter VW - in Rußland gearbeitet hat und regelmäßig nach Moskau fährt, um mit der russischen Industrie- und Handelskammer einen "Meinungsaustausch" zu pflegen und dortigen Medien Interviews zu geben, einen rabiaten Antiamerikanismus mit einem ebenso rabiaten Fremdenhaß.

731 Konzerne der "US-Finanzindustrie", so Müller in einer Rede am 13. August 2016, würden die Welt beherrschen und alle europäischen Politiker kontrollieren. Sieben Milliarden Menschen würden zu "Arbeits- und Konsumsklaven" dieser Finanzkonzerne gemacht. Der von der Europäischen Union eingeleitete "Bevölkerungsaustausch" durch Masseneinwanderung und der "kommende Bürgerkrieg" in Deutschland dienen dem Ziel der "Gleichschaltung der Welt" im Interesse dieser Finanzmagnaten: "Wenn von Moral gesäuselt wird, geht es immer nur um Macht und Geld."

Man mag all diese Verschwörungstheorien abtun als überzogene Rhetorik, die wenig zu tun habe mit der realen Politik der AfD. Als jedoch André Poggenburg, Landesvorsitzender der AfD, Fraktionsvorsitzender im Landtag und Mitglied des Bundesvorstands gefragt wird, wie man denn politisch unabhängig handeln könne, da Deutschland eine "Kolonie" sei, weist er die Unterstellung nicht etwa zurück, sondern erklärt: "Wir verlieren die Frage der Souveränität nicht aus den Augen. Wir sind für den Abzug der US-Truppen aus Deutschland. Und in einer nur von den USA geführten Nato wollen wir als Deutsche nicht bleiben. Zurzeit gibt es nur noch einen, der den Ton angibt, und drum herum nur Vasallen. Wir haben das als AfD ganz fest im Auge."

Der Kampf um die Stimmen der Rußlanddeutschen

Früher wählten die Rußlanddeutschen in Berlin die CDU, jetzt könnte sogar die AfD hoch im Kurs stehen. Grund ist offenbar auch mangelndes Vertrauen in Merkels Flüchtlingspolitik.

Damit geht der Kongreß in die Mittagspause. Es gibt, passenderweise, Soljanka. Nach der Pause ist Algis Klimaitis angekündigt. Der Sohn eines litauischen Paramilitärs und Nazi-Sympathisanten, der unter deutscher Führung an Judenpogromen beteiligt war, meint, Vertreter der satanistischen und okkulten Eliten wollten über ein "Programm der Rassenvermischung" die Beseitigung der Nationen, Religionen und Familie bewerkstelligen, mittels einer

gezielten Masseninvasion von Muslimen.

Wenn für Müller die Bösewichter Sachs und Friedman heißen, sind es für Klimaitis "Adorno-Wiesengrund", Max Horkheimer und Ernst Bloch. Dass alle Genannten jüdische Wurzeln haben, ist natürlich kein Zufall. Gemessen an solchen Haß-Exegesen wirkt die Vorstellung einer Ruhigstellung der Deutschen per Schwermetalle in den Flugzeugkondensstreifen beinahe harmlos.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 23. August 2017: >>**Gehört Merkel hinter Gitter?**

"Wer vor Gericht oder vor einer anderen zur Abnahme von Eiden zuständigen Stelle falsch schwört, wird mit Freiheitsstrafe nicht unter einem Jahr bestraft." So steht es in Paragraph 154, Absatz 1, des Strafgesetzbuches (StGB). Dreimal hat Angela Merkel (CDU) im Deutschen Bundestag die Hand zum Kanzler-Eid gehoben, hat vor dem deutschen Volk feierlich geschworen, seinen Nutzen zu mehren und Schaden von ihm zu wenden. Das Ergebnis ihrer Politik ist sattsam bekannt. Daher stellt sich die Frage: Gehört Merkel ins Gefängnis?

*Der Kanzler-Eid, den erstmals Konrad Adenauer (CDU) 1949 ablegte, hat folgenden Wortlaut: "Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde."*

Die religiöse Beteuerung "So wahr mir Gott helfe" ist freiwillig. Gerhard Schröder (SPD) hatte bei seiner Vereidigung 1998 als erster Kanzler darauf verzichtet.

In Deutschland verbindet sich mit dem Amtseid eine alte Tradition, die in die Zeit der Aufklärung zurückreicht. Schon der preußische König Friedrich der Große (1740-1786) definierte in seinem Staat das Wohl des Einzelnen als oberstes Prinzip im Land. Dies wurde im Allgemeinen Landrecht (1794) rechtlich festgelegt. Der förmliche Amtseid findet sich schon in der Paulskirchenverfassung vom 28. März 1849 und dann wieder in der Weimarer Verfassung vom 11. August 1919. Auch die Reichskanzler der Weimarer Republik mußten einen Eid ablegen.

Eigentlich sollte man meinen, daß der Kanzler-Eid ein rechtskräftig verpflichtender Eid ist wie jeder andere. Zumal sich Angela Merkel bei ihr passender Gelegenheit selbst auf ihn berufen hat. Am 27. Februar 2012 erklärte sie in Bezug auf die Euro-Rettung und einen möglichen Austritt Griechenlands aus der Euro-Zone: "**Abenteuer einzugehen, verbietet mein Amtseid.**"

**HÖRT, HÖRT!**

Ein Verbot ist nach gängiger Rechtsauffassung eine Anweisung zur Unterlassung einer Handlung. Diese Anweisung kann in Regeln, Richtlinien, Befehlen oder Rechtsnormen näher definiert sein, Letztere etwa als gesetzliches Verbot.

**Frau Merkel scheint ihren Amtseid selbstherrlich auszulegen. Jedenfalls hat er ihr offenbar nicht "verboten":**

- mit dem überhasteten und opportunistischen Ausstieg aus der Kernenergie 2011 nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima dem deutschen Volk ganz erheblichen Schaden zuzufügen. Laut Bundesverfassungsgericht steht den Stromversorgern eine "angemessene Entschädigung" zu. Diese beziffern ihren Schaden auf mindestens 20 Milliarden Euro. Den eigentlichen und weit größeren Schaden können alle Stromkunden auf ihrer seit Jahren dramatisch steigenden Stromrechnung ablesen.

Jedenfalls hält es Frau Merkel offenbar mit ihrem Amtseid auch für vereinbar, daß die Bundesregierung mit der illegalen Grenzöffnung fortlaufend gegen geltendes Recht verstößt; daß sie mit der Verpfändung deutscher Sparguthaben zugunsten südeuropäischer Euro-Länder den Schaden und nicht den Nutzen des deutschen Volkes mehrt; daß die Regierung mit der

hunderttausendfachen Duldung von Scheinasylanten und Wirtschaftsmigranten auf Kosten deutscher Steuer- und Beitragszahler keinesfalls "Gerechtigkeit gegenüber jedermann" ausübt. **Und trägt die Kanzlerin nicht zumindest indirekt politische Mitverantwortung dafür, daß islamistische Terroristen nicht rechtzeitig abgeschoben wurden?**

Man reibt sich verwundert die Augen: Wieso wurde Angela Merkel bislang nicht wegen Verletzung ihres Amtseides belangt? Müßte sie - eigentlich - nicht längst im Gefängnis einsitzen? Hat sie doch vor der höchsten Instanz überhaupt - der Vertretung des deutschen Volkes! - feierlich geschworen: "So wahr mir Gott helfe."

Fakt ist: Jeder, der vor einem Untersuchungsausschuß des Deutschen Bundestages oder eines Landtages falsch aussagt, ob eidlich oder uneidlich, macht sich strafbar.

**Ist der Kanzler-Eid also nur eine hohle Phrase? Hätte Merkel ebenso gut auf das CDU-Wahlprogramm oder die Speisekarte eines Berliner Promi-Restaurants schwören können?**

LEIDER JA!

Denn der strafbewehrte Meineid betreffe nur falsche Zeugenaussagen vor Gerichten oder Untersuchungsausschüssen.

So sehen es die überwiegende Mehrheit der Verfassungsjuristen und auch der wissenschaftliche Dienst des Deutschen Bundestages. Nach dieser Auslegung ist der Kanzler-Eid lediglich ein feierliches Versprechen, im Sinne einer politischen Beteuerung. Also: Wie versprochen, so gebrochen!

Das darf doch wohl nicht wahr sein! Der Deutschland-KURIER fordert deshalb die ausdrückliche Strafbewehrung des Kanzler-Eides - und zwar schon bei der nächsten Vereidigung im November. Die Eidesformel hat dann wie folgt zu lauten:

**"Ich schwöre gemäß Paragraph 154 des Strafgesetzbuches ..."**<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 23. August 2017: >>**Goldreserven wieder zur Hälfte in Deutschland**

Die Bundesbank hat einen Teil der deutschen Goldreserven vorzeitig aus dem Ausland zurückgeholt. "50,6 Prozent der deutschen Goldreserven lagern nun in Deutschland", teilte die Bundesbank am Mittwoch mit. Dieses Ziel hätte bis spätestens 2020 erreicht werden sollen.

"Das gesamte Lagerstellenkonzept wurde damit insgesamt rund drei Jahre vor dem geplanten Termin abgeschlossen", sagte Bundesbankvorstand Carl-Ludwig Thiele. Seit 2013 wurden dazu rund 300 Tonnen Gold aus New York und etwa 374 Tonnen Gold aus Paris nach Frankfurt am Main gebracht.

Die deutschen Goldreserven belaufen sich auf 3.378 Tonnen. Davon lagern nun 1.710 Tonnen in Frankfurt, 1.236 Tonnen bei der Federal Reserve Bank in New York und 432 Tonnen bei der Bank of England in London. Die Banque de France bewahrt kein deutsches Gold mehr auf. Wie die Bundesbank weiter mitteilte, hätten Experten die Echtheit sowie Feingehalt und Gewicht der Goldbarren beim Erhalt kontrolliert. Eine aktualisierte Goldbarrenliste solle im Frühjahr 2018 veröffentlicht werden.<<

Die Zeitschrift "Stern" berichtete am 30. August 2017: >>**Bundesanwaltschaft weist 1.000 Strafanzeigen gegen Merkel wegen "Hochverrats" ab**

Seit dem Beginn des Flüchtlingszuzugs im Jahr 2015 sind bei der Bundesanwaltschaft mehr als 1.000 Strafanzeigen wegen "Hochverrats" gegen Bundeskanzlerin Angela Merkel eingegangen. Daran sollen AfD-Anhänger maßgeblich beteiligt sein.

Bei der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe sind nach einem Zeitungsbericht seit Beginn des Flüchtlingszuzugs im Jahr 2015 mehr als 1.000 Strafanzeigen gegen Kanzlerin Angela Merkel (CDU) wegen Hochverrats eingegangen. "Die Strafanzeigen gegen die Bundeskanzlerin haben sich alle als haltlos erwiesen", sagte die Sprecherin der Behörde, Frauke Köhler, dem "Mannheimer Morgen".

## **Angela Merkel offenbar von vielen AfD-Anhängern angezeigt**

Ein größerer Teil der Anzeigen stammt dem Bericht zufolge aus dem Kreis von AfD-Anhängern. Die Bundesanwaltschaft ist für Staatsschutzstrafsachen zuständig, die die innere und äußere Sicherheit Deutschlands berühren. Die Behörde muß alle Strafanzeigen prüfen.

Erst am vergangenen Dienstag hatten AfD-Anhänger gegen die Bundeskanzlerin mobilisiert. Bei einem Wahlkampfauftritt in Bitterfeld-Wolfen (Sachsen-Anhalt), wo die AfD mit 22 von 87 Sitzen im Landesparlament vertreten ist, wurde Angela Merkel mit Buhrufen und Pfiffen empfangen. Der Lärm riß auch während ihrer Rede nicht ab. Als Merkel versprach, die Steuern nach einer Wiederwahl nicht erhöhen zu wollen, ertönte ein Sprechchor, der ihr "Lügner, Lügner" und bis zum Ende ihrer Rede "Hau(t) ab" entgegen rief. Beim Thema Flüchtlinge und Fluchtursachen waren Beifall und Buhrufe zu hören.<<

Der deutsche Nachrichtensender "n-tv" berichtete am 1. September 2017: >>**Hochverrat im Kanzleramt? Weidel: "Merkel müßte vor Gericht"**

Scharfe Töne im Wahlkampf: AfD-Spitzenkandidatin Weidel geht Merkel persönlich an. Sie ruft dazu auf, sich mit "Rechtsbrüchen der Kanzlerin" auseinanderzusetzen. Nach ihrer Amtszeit, fordert Weidel, gehöre Merkel "vor ein ordentliches Gericht".

Wenige Wochen vor der Bundestagswahl verschärft die rechtspopulistische AfD erneut ihren Tonfall: AfD-Spitzenkandidatin Alice Weidel erhob schwere Vorwürfe gegen Bundeskanzlerin Angela Merkel.

"Wir müssen uns mit den Rechtsbrüchen der Kanzlerin auseinandersetzen. Angela Merkel müßte nach ihrer Amtszeit vor ein ordentliches Gericht gestellt werden", forderte sie in einem Interview der "Passauer Neuen Presse".

Illegales Handeln erkennt die AfD-Politikerin dabei vor allem in Politikfeldern, die zu den Kernthemen ihrer eigenen Partei gehören: "In der Euro-Rettungspolitik und in der Flüchtlingskrise hat sie gegen geltendes deutsches und europäisches Recht verstoßen. Dafür sollte sie sich vor einem Richter verantworten müssen."

Die Partei hatte zuvor bereits erklärt, sie wolle sich nach ihrem erwarteten Einzug in den Bundestag für einen "Untersuchungsausschuß Merkel" stark machen. Die Idee, juristisch gegen politische Entscheidungen der Kanzlerin vorzugehen, ist in der AfD nicht neu. Der Bundesvorstand der Partei hatte bereits im Oktober 2015 wegen "Einschleusung von Ausländern" erfolglos Strafanzeige gegen Merkel gestellt.

### **Tausende Strafanzeigen gegen Merkel**

Mit ihren Ansichten stehen Weidel und die Parteiführung der AfD offenbar nicht alleine da: Bei der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe sind seit Beginn des Flüchtlingszuzugs im Jahr 2015 einem Zeitungsbericht zufolge tatsächlich bereits mehr als 1.000 Strafanzeigen eingegangen, in denen der CDU-Politikerin Hochverrat vorgeworfen wird.

"Die Strafanzeigen gegen die Bundeskanzlerin haben sich alle als haltlos erwiesen", erklärte die Sprecherin der Behörde, Frauke Köhler, dem "Mannheimer Morgen". Ein größerer Teil der Anzeigen stammt dem Bericht zufolge aus dem Kreis von AfD-Anhängern.

Die Bundesanwaltschaft ist für Staatsschutzstrafsachen zuständig, die die innere und äußere Sicherheit Deutschlands berühren. "Hochverrat" begeht laut Paragraph 81 im Strafgesetzbuch jemand, "der es unternimmt, mit Gewalt oder durch Drohung mit Gewalt den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu beeinträchtigen oder die auf dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beruhende verfassungsmäßige Ordnung zu ändern". Nach den Grundsätzen des Rechtsstaats ist die Karlsruher Behörde verpflichtet, alle eingehenden Strafanzeigen zu prüfen.<<

Das Magazin für Kirche und Kultur "KATHOLISCHES" berichtete am 5. September 2017 (x893/...): >>**Gender - Was steckt dahinter?**

Eine Hintergrundanalyse und ein Warnruf mit Blick auf die bevorstehenden Bundestags- und

Nationalratswahlen

Von Wolfram Schrems

Im Vorfeld der Bundestagswahlen in Deutschland und der Nationalratswahlen in Österreich werden alle möglichen Fragen behandelt, sehr viele davon eher nachrangig. Von vitalem Interesse muß nämlich die Zukunft des Volkes selbst sein, von dem ja gemäß Verfassung (zumindest in Österreich) das Recht ausgeht. Diese Zukunft wird durch vieles gefährdet, am meisten durch den allgegenwärtigen Gender-Wahn. Dieser wird ohne viel Aufsehen massiv im Volk oktroyiert. Es ist daher Zeit für eine Hintergrundanalyse und einen Warnruf. Anlaß dafür ist eine einschlägige Buchpublikation

### **Gender - Was steckt dahinter?**

In einer hochaktuellen Publikation dieses Titels aus dem Jahr 2015 analysiert der studierte Volkswirt, Publizist und Leiter der Aktion "Kinder in Gefahr" Mathias von Gersdorff (Frankfurt am Main) die ideologischen Grundlagen einer Wahnideologie, die vom gesunden Menschenverstand zwar als wahnsinnig empfunden, von den politischen Machthabern aber aus sinistren Gründen den Menschen oktroyiert wird.

Nun ist es zwar so, daß sich in den letzten Jahren einige der Grundlagen und Quellen der Gender-Ideologie herumgesprochen haben, etwa durch die Publikationen von Gabriele Kuby, Birgit Kelle u.a., daß diese Ideologie aber im politischen und gesellschaftlichen Maßstab weiter erstarkt. Der Widerstand gegen die Umsetzung der Gender-Ideologie etwa in der Schule ist noch zu schwach. Die Eltern scheinen nicht recht zu begreifen, was hier mit ihren Kindern angestellt wird.

Daher in Kürze einige wichtige Aspekte der Ideologie, wie sie im Buch kenntnisreich ausgeführt werden.

### **Kinder als Vehikel der Revolution - eine Forderung seit Karl Marx**

Die totalitären Systeme des 20. Jahrhunderts zeichnen sich durch einen massiven Zugriff auf die Kinder aus. Die Zerschlagung der Familie und die Verstaatlichung der Kinder sind hier Mittel, den totalen Staat zu errichten. Es scheint wenig im Bewußtsein der Zeitgenossen verankert zu sein, daß das infame *Kommunistische Manifest* (1848) den Entzug der Kinder und deren staatliche Erziehung fordert.

Tritt man einige Schritte zurück und blickt auf unsere Situation in Österreich und Deutschland, wird man feststellen müssen, daß Zielvorgaben des Manifests bereits umgesetzt worden sind:

In Deutschland stürmt bereits die Polizei die Häuser von Eltern, die sich weigern, ihre Kinder den perversen Sexualerziehungsplänen an den Schulen auszusetzen. Es wird von Haftstrafen und Kindesentzug berichtet. Das sind Mittel einer Diktatur. Im "freiesten Staat auf deutschem Boden", wohl gemerkt.

In Österreich scheint man noch nicht so weit zu sein. Wie rezente Ereignisse in Vorarlberg zeigen, hat die Indoktrinierung der Kinder aber schon massiv begonnen. Vermutlich soll dieses Thema vor den Nationalratswahlen aber unter der Decke gehalten werden.

Hier sind wir aber schon beim Kern des Themas:

### **Gender-ideologische "Sexualpädagogik der Vielfalt" - Gehirnwäsche**

Von Gersdorff zitiert Stefan Timmermanns, Professor für Sexualpädagogik und Diversität in der Sozialen Arbeit an der *Frankfurt University of Applied Sciences*, Mitautor des Buches *Sexualpädagogik der Vielfalt: Praxismethoden zu Identitäten, Beziehungen, Körper und Präventionen für Schule und Jugendarbeit*, im Wortlaut:

"Ein solcher Perspektivenwechsel (drastische Veränderung der Sprache, als "Reform" betitelt) muß zusätzlich mit einer Relativierung der Kategorien sexueller Orientierung sowie der Kategorien der Geschlechter einhergehen. Denn die scheinbare Eindeutigkeit konstruierter Systeme, die die Menschen entweder in 'Männer' oder 'Frauen' bzw. 'Hetero'- oder 'Homosexuelle'



einteilen, ist die Grundlage eines binären, biologistischen, essentialistischen, fundamentalistischen und totalitären Denkens, das die Welt nur in Polaritäten wahrnehmen will und kann. ... In letzter Konsequenz läuft diese Perspektive auf eine moralische Unterscheidung in 'Gut' und 'Böse' hinaus".

Damit ist die Katze aus dem Sack: Die Protagonisten der "Vielfalt" werfen den Vertretern und Bekennern der Wirklichkeit "totalitäres Denken" vor, während sie selbst fieberhaft nach dem Muster von Orwells 1984 an einem alptraumhaften Totalitarismus, in dem es keine Wahrheit mehr gibt, arbeiten.

Dieser Alptraum stammt aus den Eingeweiden der "Frankfurter Schule" um Theodor W. Adorno, Max Horkheimer und Herbert Marcuse. Dort wurde ganz offen die Revolution propagiert. Wohin diese geführt hat, kann man heute gleichsam überall sehen. Denn das "Ziel eines revolutionären Umwandlungsprozesses müsse (nach Herbert Marcuse) sein, sämtliche Schranken des sexuellen Triebes niederzureißen". Das ist zwar aufgrund der Restbestände christlicher Moral und natürlichen Hausverstandes nicht vollständig gelungen, aber weit genug, um die Familie an den Rand der Auflösung und viel Seelenqual, menschliche Katastrophen, Scheidungsweisen und Abtreibungselend in die Gesellschaft zu bringen.

Die Familie ist das besondere Haßobjekt dieser Ideologen:

"Das Kernanliegen Marcuses wie auch der Gender-Ideologen ist ja gerade, die menschliche Sexualität von allen 'repressiven Strukturen', wie sie von ihnen bezeichnet werden, zu befreien. Dazu gehören für sie die monogame Ehe, aber auch alle Konzepte, die in irgendeiner Form die Sexualität einengen könnten. Im Endeffekt gehört dazu auch das Geschlecht".

Marcuse griff für diese Ideen übrigens auf Sigmund Freud und dessen pseudowissenschaftliche Psychoanalyse zurück.

Anfang der 1970er Jahre wurde "der Psychologe und Professor für Sozialpädagogik Helmut Kentler, Begründer der 'neoemanzipatorischen Sexforschung' und ehemaliger Präsident der 'Deutschen Gesellschaft für Sozialforschung' zur Schlüsselfigur bei der Einführung der Schulsexualerziehung:

"Für ihn sollte die Sexualerziehung ganz im Dienst der Revolution stehen".

### **Gender, Gnosis, Leibfeindlichkeit und Buddhismus**

Eine äußerst interessante Beobachtung im Zusammenhang mit der Geisteshaltung der Genderideologie ist deren Verwandtschaft mit gnostischen Ideen, die ihrerseits mit dem Buddhismus verwandt sind. Dem Menschen, der von der Erlösung des ganzen Menschen durch Jesus Christus, Leib und Seele, nichts weiß, müssen sich diese Gedanken förmlich aufdrängen. Sie sind daher kulturübergreifend.

Von Gersdorff zitiert die ungarischstämmige Literaturwissenschaftlerin Irisz Sipos, die in der (konservativ-protestantischen) *Offensive Junger Christen* tätig ist und diese Angelegenheit brillant auf den Punkt bringt:

"Mit einem gigantischen Überbau aus religiösen Praktiken und Dogmen, aus philosophischen Systemen und technischen Experimenten versuchen Menschen in unterschiedlichen Kulturen, die leidige Leiblichkeit zu überwinden, wegzudiskutieren oder wenigstens zu instrumentalisieren. Heidnische Kulte streben durch Trancezustände nach der entleiblichten Schau der Geisterwelt. Der Buddhismus lehrt die Überwindung von Körperlichkeit und Individualität durch Askese und meditative Versenkung und sieht im Nirwana, der Auflösung aller Verschiedenheit, das Ziel des Seins".

Es wird sodann eine "Einführung in den Buddhismus" eines buddhistischen Autors zitiert, gemäß dem der Körper "das Objekt der Verneinung" ist, denn er "existiert nicht (!)".

Hier zeigt das Heidentum seine ganze Vernunftlosigkeit und Absurdität (die man beim Zusammenschustern von Dignitatis humanae des II. Vaticanums offenbar nicht im Blick hatte - wo ist denn hier bloß die "menschliche Würde"?).

Das widerspricht völlig dem Realismus der katholischen Auffassung vom Leib, der durch Schöpfung, Erlösung und Heiligung eine im Heidentum unbekannte Würde erhält. Mit dem Zusammenbruch der kirchlichen Lehrverkündigung verpufft dieses Wissen natürlich, damit auch die genannte Würde. Man sieht daher, wie der Siegeszug falscher Religionen im Westen "die Akzeptanz der Kernidee von Gender in der Gesellschaft erhöht bzw. die Widerstände dagegen geschwächt hat".

### **Gender-Pädagogik gegen Kindeswohl - Widerstand aus der Mitte der Gesellschaft**

Die "dekonstruktive Pädagogik" soll "emanzipatorisch" sein. Was auch immer damit genau gemeint sein soll, eines ist klar:

"In Wahrheit geht es hier um die Zerstörung der menschlichen Persönlichkeit und um nichts anderes".

Gegen die "Dekonstruktion" des kindlichen Seelenlebens wehren sich in Deutschland Elterninitiativen, die bei ihren Kundgebungen in Stuttgart und Wiesbaden ("Demo für alle") Tausende Teilnehmer auf die Straße bringen konnten - und das unter der Drohung staatlich geförderter "Antifa"-Terroristen. Mathias von Gersdorff beweist durch seine regelmäßige, exponierte Teilnahme an den Kundgebungen, daß er nicht nur ein Mann der Theorie ist.

Auch in Österreich formiert sich Widerstand ("Initiative wertvolle Sexualerziehung" und "Marsch für die Familie").

Nicht wenige Stimmen aus der Gesellschaft warnen - trotz erheblichen Konformitätsdrucks seitens Politik und "Antifa"-Straßengewalt - vor einer lügenhaften Ideologie, die den Menschen nur unglücklich machen kann und die - das wird viel zu wenig bedacht - in ihrem Kern totalitär ist. Sie ist unduldsam, aggressiv und freiheitsfeindlich. Sie richtet sich vor allem gegen die Kinder, deren seelische Bedürfnisse sie bewußt verletzt und sie selbst zu politisch-ideologisch und revolutionären Zwecken mißbraucht und vernutzt.

Von daher ist es kein Wunder, daß es auch so wenig gesellschaftlichen Widerstand gegen die sexuellen Übergriffe fälschlich so genannter "Flüchtlinge" auf Kinder (und alle anderen Menschen) gibt. Was nicht verteidigt wird, gilt offenbar nicht als schutzwürdig.

Alle diese Sachverhalte müssen öffentlich beleuchtet und diskutiert werden. Die wahlwerbenden Gruppen müssen das thematisieren. Es kann nicht sein, daß der Genderwahn als schicksalhaft demütig hingenommen wird.

### **Kirchlicher Widerstand**

Von Gersdorff trug kirchliche Stimmen zusammen, die sich kritisch mit dem Genderwahn auseinandersetzen.

So warnte Papst Benedikt XVI. in seiner Weihnachtsansprache an die Römische Kurie vom 21. Dezember 2012 vor der Gender-Ideologie:

"Das Geschlecht ist nach dieser Philosophie nicht mehr eine Vorgabe der Natur, die der Mensch annehmen und persönlich mit Sinn erfüllen muß, sondern es ist eine soziale Rolle, über die man selbst entscheidet, während bisher die Gesellschaft darüber entschieden habe. Die tiefe Unwahrheit dieser Theorie und der in ihr liegenden anthropologischen Revolution ist offenkundig".

Von Gersdorff nennt Bischofskonferenzen (Spanien, Portugal, Slowakei, Polen) und einzelne Bischöfe (Vitus Huonder von Chur, die Bischöfe der Kirchenregion Triveneto und der Toskana), die sich ähnlich äußern.

Auch Papst Franziskus wird zitiert (Gender sei "ein ideologischer Angriff, der Versuch einer ideologischen Kolonisierung einer familienfeindlichen Doktrin"). Bei Franziskus bleibt nur leides alles immer im Vagen und kann schon morgen revidiert werden.

Auch sonst ist der Widerstand der kirchlichen Strukturen und Apparate im deutschen Sprachraum nicht besonders massiv, in der Diözese Feldkirch/Österreich ist man sogar in die Schulsexualerziehung verwickelt. Das ist wohl kein Einzelfall.

## **Resümee**

Von Gersdorffs Buch ist flüssig und klar geschrieben. Die Gedankengänge sind nachvollziehbar, die Zitate gut belegt. Eine ausführliche Literaturliste regt zu weiteren Studien an. Dem Buch ist große Verbreitung zu wünschen. Möge es dazu beitragen, einem Wahn Einhalt zu gebieten, damit sich die Familien, die Kinder und die gesamte Gesellschaft gedeihlich entwickeln können.

Vor allem die politischen Entscheidungsträger sollen das beherzigen, vor den Wahlen und danach auch.

Mögen es aber vor allem diejenigen beherzigen, denen als Eltern, Lehrer, Katechisten und Priester das Wohl der Kinder in besonderer Weise anvertraut ist!

*Mathias von Gersdorff, Gender - Was steckt dahinter?, Media Maria Verlag, Illertissen 2015*

Wolfram Schrems, Theologe, Philosoph, Katechist<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 10. September 2017: >>**Vertagter**

## **Ansturm**

Der Wahltermin rückt näher - Zeit, die Deutschen darauf vorzubereiten, was danach auf sie zukommt. Wer sich vom Wahlkampfgeplänkel und den inszenierten Nichtigkeiten nicht ablenken läßt, kann es sich an den Fingern einer Hand ablesen: Die nächste Einwanderungswelle rollt schon auf uns zu. Natürlich erst nach der Wahl, wenn die Kanzlerin wieder fest im Sattel sitzt.

Während in den letzten Bundesländern die Sommerferien zu Ende gehen und die Steuerzahler wieder an ihre Arbeitsstellen zurückkehren, platzte die Meldung dazwischen, daß bis 2018 mehr als 390.000 Syrer das Recht haben werden, ihre Familien nach Deutschland nachzuholen. Tapfer verkündet der Bundesinnenminister, er sei für eine weitere Aussetzung des Familiennachzugs.

## **Die nächste Million kann die Koffer packen**

Weder die Kanzlerin selbst noch ihre potentiellen Koalitionspartner wollen sich darauf festlegen. Das offiziell ausgegebene Beruhigungs-Placebo, man rechne maximal mit einem Familienmitglied pro Antragsberechtigtem, ist dürftig: Die Kleinstfamilie ist weder in Syrien noch sonstwo in der arabisch-orientalischen Welt das vorherrschende Modell.

Die nächste Million kann also schon einmal die Koffer packen. Handelte es sich bei den bislang Aufgenommenen tatsächlich um "Kriegsflüchtlinge", sollte man eher eine Rückkehrwelle erwarten: Schließlich wird in Syrien der "Islamische Staat" gerade verdrängt, in weiten Landesteilen herrscht schon Frieden, der Wiederaufbau könnte beginnen. Doch weder in Berlin noch in Brüssel unterscheidet man noch zwischen echten Flüchtlingen, denen vorübergehender Schutz zu gewähren ist, und dauerhafter Einwanderung.

Die Ergebnisse des EU-Gipfels in Paris Ende August lassen nichts Gutes ahnen. Während die Kanzlerin Abkommen mit afrikanischen Staaten zur Eindämmung der illegalen Migration nach Vorbild des mißlungenen "Türkei-Deals" in Aussicht stellt, spricht sie bereits davon, legale Einwanderungsmöglichkeiten für Afrikaner zu schaffen. Es sei falsch, "nur zu sagen, Illegalität geht nicht, und gar nichts anzubieten", sagt sie.

## **Die illegale Einwanderung wird weitergehen**

Warum eigentlich? Die "legalen Migrationswege" werden sich jedenfalls ebenso als Seifenblase erweisen wie die vom französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron aus dem Hut gezogene Prüfung von Asylanträgen auf dem afrikanischen Kontinent. Wer dort keinen legalen Freifahrtschein ergattert, wird sein Glück weiter auf den illegalen Routen über das Mittelmeer versuchen, solange weder Deutschland noch Europa daran denken, ihre Grenzen wirksam zu schließen.

Danach sieht es nicht aus. Das mußte eben erst Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán erfahren, der der EU maliziös eine Rechnung schickte, sich mit 400 Millionen Euro wenigstens

zur Hälfte an den Kosten des ungarischen Grenzzauns zu beteiligen, der im vergangenen Jahr die Balkan-Route für illegale Migranten weitgehend geschlossen hat. Damit habe Ungarn schließlich die europäische Aufgabe der Sicherung der EU-Außengrenzen wahrgenommen, argumentiert der in Brüssel Unbeliebte.

Wer sich nicht am Migranten-Umverteilungskarussell beteilige, bekomme auch kein Geld, wurde Orbán von Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker abgefertigt. Keine Rede auch davon, die von der EU-Seenotrettungsmission "Sophia" aufgegriffenen illegalen Migranten an die afrikanische Küste zurückzubringen, statt sie wunschgemäß nach Europa weiterzutransportieren. Deutsche Marineeinheiten und selbsternannte "Aktivisten" nehmen so den Schleusern und Schleppern einen Großteil der Arbeit ab. Solange diese Aktivitäten andauern, werden auch die Maßnahmen der italienischen Regierung gegen die "Wassertaxi"-Dienste sogenannter "Nichtregierungsorganisationen" den Migrantenstrom allenfalls vorübergehend dämpfen.

### **Die Schmutzarbeit erledigen andere**

Aus Sicht der Bundesregierung sind die Absprachen Italiens mit libyschen Machthabern zur Blockade illegaler Überfahrten nach Europa zu Wahlkampfzeiten freilich komfortabel: Die Schmutzarbeit erledigen wieder mal die anderen. Die Rechnung dafür dürfte ebenfalls spätestens nach dem Wahltag kommen: dann nämlich, wenn Rom seine aus allen Nähten platzen den Aufnahmelager leeren muß und von den übrigen Europäern, sprich vor allem Deutschland, die "solidarische" Übernahme Hunderttausender illegal eingewanderter Afrikaner erwartet, um Platz für Neuankömmlinge zu schaffen.

Zur Vorbereitung der deutschen Öffentlichkeit auf die nächste "alternativlose" Einwanderungswelle geben Medien, Wirtschaft und Lobbyisten schon jetzt fleißig Flankenschutz. Ein Bericht der Bundesregierung prophezeit wieder einmal dramatischen "Fachkräftemangel" für die nahe Zukunft, und das Institut der Deutschen Wirtschaft pocht wie bestellt auf "stärker arbeitsmarktorientierte Zuwanderung".

### **Die Menschen lassen sich Sand in die Augen streuen**

Wer berechtigten Zweifel hat, daß unkontrollierte illegale Einwanderung dafür die Lösung sein könnte, und sich noch an eine Mitte August veröffentlichte Berechnung erinnert, daß 59 Prozent der "Flüchtlinge" keinen Schulabschluß und sogar 80 Prozent keinen Berufsabschluß vorweisen können, wird von DIW und Bamf termingerecht belehrt, daß zwei Drittel der erwachsenen "Flüchtlinge" plötzlich doch eine Schule abgeschlossen hätten - nach "eigenen Angaben" allerdings.

Und "Migrationsforscher" verlangen mehr und schnellere Einbürgerungen "zur Rettung der Demokratie", damit auch alle gleich mitwählen können. Neue Wähler kann man sich so vielleicht backen, von den real existierenden Problemen löst das nicht ein einziges. Wer sich mit vollen Schaufeln Sand in die Augen streuen läßt, braucht sich nicht zu wundern, wenn er nach der Wahl der Gelackmeierte ist.<<

### **Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 13. September 2017: >>Deutsche fühlen sich frei**

Deutschland ist so frei wie lange nicht mehr. Das geht aus dem am Dienstag in Berlin vorgestellten Freiheitsindex 2017 hervor. Demnach haben sowohl die gesellschaftliche und mediale Wertschätzung der Freiheit als auch das subjektive Freiheitsempfinden der Deutschen im Vergleich zum Vorjahr deutlich zugenommen.

So stufen gut 50 Prozent der Bevölkerung ihr gegenwärtiges Leben selbst als "sehr frei" ein. Und 63 Prozent sind der Ansicht, daß sie ihre Meinung in Deutschland gänzlich frei äußern können - sechs Prozent mehr als noch vor einem Jahr. Der Gesamtwert des Index stieg von 0,33 auf 2,7 Punkte (auf einer Skala von -50 bis +50) und damit auf den höchsten Stand seit 2011.

Populismus "deutlich auf dem Rückzug"

Es sei erkennbar, daß die Bürger ihre Freiheit heute vornehmlich durch Terrorismus und Extremismus bedroht sähen, erklärte Ulrike Ackermann, Leiterin des John-Stuart-Mill-Instituts, das den Freiheitsindex alljährlich veröffentlicht. Demnach wünsche sich ein Großteil der Bevölkerung sogar ein stärkeres Eingreifen des Staates, um "die Freiheit vor den Feinden der Freiheit ganz offensiv" zu verteidigen. Der "Persönlichkeitsschutz als hoher Freiheitswert" trete "hinter die Bekämpfung von Terrorismus zurück".

Die Forscher stellten außerdem fest, daß ein erheblicher Teil der Bevölkerung weiterhin großes Mißtrauen gegenüber den "Eliten" aus Politik, Wirtschaft und Medien hegt. Entsprechend seien etwa 39 Prozent der Bürger der Meinung, Politiker hätten keine Ahnung von ihrer Arbeit ("Das könnte ich besser"). 43 Prozent unterstellten sogar, Politiker handelten nur im eigenen oder im Interesse anderer Mächte, nicht aber zum Wohle der Bevölkerung. Und 33 Prozent verträten die Ansicht, "daß Deutschland auf eine ganz große Krise zusteuert", die ohne eine grundlegende Veränderung des politischen Systems nicht überwunden werden könne.

Das John-Stuart-Mill-Institut sieht in den Zahlen dennoch eine "deutliche Trendwende" gegen den "populistischen Zeitgeist". Es seien zwar immer noch "populistische Elemente" in der Mitte der Gesellschaft vorhanden. Seinen Höhepunkt habe der Populismus jedoch inzwischen überschritten, das Ansehen demokratischer Institutionen in der Öffentlichkeit nehme wieder zu. Sichtbar werde dies vor allem in einer verstärkten politischen und gesellschaftlichen Isolation der AfD, in der inzwischen 74 Prozent der Deutschen keine normale demokratische Partei mehr sähen. Zu "Alarmismus und Hysterie" bestehe daher "kein Anlaß".<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 13. September 2017: >>"Die Ehe für alle ist verfassungswidrig!"

Hedwig von Beverfoerde (54) kämpft seit vielen Jahren für Familie und den Schutz von Kindern vor Sexualisierung und der Gender-Ideologie. Sie ist Sprecherin des Aktionsbündnisses für Ehe & Familie - DEMO FÜR ALLE ([www.demofueralle.de](http://www.demofueralle.de)). Im Interview mit dem Deutschland-KURIER erklärt sie ihre Initiative.

Deutschland-KURIER: Gemeinsam mit der Petitionsplattform CitizenGO Deutschland fahren Sie seit einigen Tagen mit dem "Bus der Meinungsfreiheit" durch Deutschland. Was steckt dahinter?

Hedwig von Beverfoerde: Der erste orangefarbene "Bus der Meinungsfreiheit" fuhr vor einem halben Jahr durch Spanien. Dieser erste Bus war eine Reaktion von "Hazte Oír" - einer Unterorganisation von CitizenGO - auf eine Plakatkampagne der spanischen LGBT-Bewegung, die den Slogan "Mädchen haben einen Penis / Jungs haben eine Vagina" auf riesige Plakatwände hatte drucken lassen. Als "Hazte Oír" diese ideologische Verdrehung biologischer Fakten mit eigenen Großplakaten richtigstellen wollte, wurden ihnen diese verweigert.

"Wir zeigen Flagge für Ehe und Familie und für die Meinungsfreiheit."

So entstand die Idee mit dem Bus als mobiles Plakat. Der Protest der LGBTs, Sachbeschädigung inklusive, ließ nicht lange auf sich warten. Nur unter massivem Polizeischutz konnte der Bus durch Spanien fahren. Wenig später gab es dann orangefarbene Busse in den USA, Kolumbien, Mexiko und Chile. Jetzt fahren wir in Deutschland, demnächst folgen Italien und Frankreich. Inzwischen ist daraus eine weltweite Kampagne für die Meinungsfreiheit geworden.

Deutschland-KURIER: Und warum jetzt in Deutschland?

Hedwig von Beverfoerde: Obwohl uns das Grundgesetz in Artikel 5 die freie Meinungsäußerung garantiert, sieht die Realität anders aus. Wer in Deutschland friedlich für die Wahrung der Elternrechte und gegen eine Sexualisierung der Kinder in Schule und KiTa demonstriert, muß mit massiven Störaktionen linksextremer Antifa-Aktivisten rechnen. Seit wir uns als DEMO FÜR ALLE erfolgreich gegen die Gender-Ideologie zur Wehr setzen, werden wir

diffamiert und öffentlich angepöbelt, bis hin zu tätlichen Angriffen.

"Der Wesenskern der Ehe ist ihr Potential zur Weitergabe des Lebens."

Uns reicht es jetzt! 10 Tage lang fahren wir mit einer Gruppe junger Leute durch Deutschland und machen Station in zehn Städten. Damit zeigen wir Flagge für Ehe und Familie und für die Meinungsfreiheit.

Deutschland-KURIER: Auf Ihrem Bus findet sich u.a. die Forderung: Ehe bleibt Ehe. Was hat es damit auf sich?

Hedwig von Beverfoerde: Am 30. Juni 2017 hat der Deutsche Bundestag in einem unwürdigen Hauruck-Verfahren das Ehe-Öffnungsgesetz beschlossen. Dazu war er nicht berechtigt. Denn laut Grundgesetz und ständiger Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts ist die Ehe der Lebensbund zwischen einem Mann und einer Frau, und nichts anderes. Damit ist dieses Gesetz - das Angela Merkel im TV-Duell als "befriedende Lösung" bezeichnete, wohl wissend, daß das Grundgesetz etwas anderes darunter versteht - verfassungswidrig!

Um es noch einmal ganz deutlich zu sagen: Der Wesenskern der Ehe ist ihr Potential zur Weitergabe des Lebens. Dieses Potential hat aber nur die Verbindung von Mann und Frau. Selbstverständlich sind auch andere Lebensgemeinschaften möglich, aber diese sind eben keine Ehe und werden auch nie eine Ehe sein.

Deutschland-KURIER: Was wollen Sie ganz konkret mit der Bus-Tour erreichen?

Hedwig von Beverfoerde: Mit dem "Bus der Meinungsfreiheit" fordern wir, daß das Ehe-Öffnungsgesetz so schnell wie möglich vor das Bundesverfassungsgericht kommt. Der einfachste und schnellste Weg wäre eine Normenkontrollklage durch die Bayerische Staatsregierung. Denn ab dem 1. Oktober können die ersten Homo-Ehen geschlossen und damit auch Kinder adoptiert werden. Damit wird den Kindern das natürliche Recht auf Vater und Mutter genommen. Die Zeit drängt also! Mehr als 62.000 Bürger haben bereits unsere Petition "Ehe-Öffnung kippen - Bayern voran!" unterzeichnet. Wir fordern ein rasches Handeln, bevor Fakten geschaffen werden, die sich nicht mehr zurücknehmen lassen.

Am Ende unserer über 2.000 km langen Bus-Tour werden wir vor dem Bundeskanzleramt auf der Abschlußkundgebung um 15 Uhr noch einmal deutlich Position beziehen: für Ehe bleibt Ehe, für die Zweigeschlechtlichkeit und gegen Gender-Ideologie und Sexualisierung unserer Kinder in Schule und KiTa. Wir wollen dort Angela Merkel den Protest der mehr als 220.000 Bürger übergeben, die unsere Petition "Ehe bleibt Ehe" gegen die Öffnung der Ehe unterschrieben haben. ...<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 19. September 2017: >>"Merkels Zuwanderungspolitik wird Deutschland zerstören"

Der Wirtschaftswissenschaftler Max Otte hat Angela Merkels Bundesregierung vorgeworfen, Deutschland zu ruinieren. Am CDU-Parteiprogramm habe er nichts auszusetzen, die gelebte Praxis sei jedoch "grausam", sagte Otte dem Internetportal *wallstreet:online*.

"Niemals hätte ich gedacht, daß eine CDU-Regierung unser Land dermaßen schädigen könnte." Merkel reiße Deutschland "sehenden Auges in den Strudel". Die Einwanderungspolitik habe ihn als CDU-Mitglied bewogen, dieses Mal sein Kreuz bei der AfD zu machen.

"Die Zuwanderung, wie sie jetzt betrieben wird, ist katastrophal. Sie wird unser Land zerstören", kritisierte Otte. Bereits jetzt gäbe es sogenannte No-go-Areas und einen ersten Fall, in dem ein Moslem in Deutschland mehrere Frauen haben dürfe. Hinzu kämen mehr als 1.000 registrierte Kinderehen.

**Otte befürchtet Nachteile wegen Outing**

Am 11. September hatte Otte auf dem Kurznachrichtendienst Twitter angekündigt, bei der Bundestagswahl am 24. September AfD zu wählen. "Mein Outing wird mir viele Nachteile und Anfeindungen bringen, aber ich halte es für meine staatsbürgerliche Pflicht", rechtfertigte der Wirtschaftswissenschaftler seine Entscheidung.

Er vermute, künftig von vielen Medien nicht mehr eingeladen zu werden und auf "schwarze Listen" zu kommen. "Das sind Zustände wie 1933. Menschen, die sich für die AfD outen, haben nichts zu lachen."

In der Partei gäbe es "vielleicht" einzelne Menschen mit antisemitischen Ansichten, sie sei aber demokratischer als die CDU. "Denn bei der AfD wird noch im Diskurs über Inhalte gerungen", ergänzte Otte.<<

Der deutsche Rechtsanwalt Dr. Maximilian Kraus schrieb am 19. September 2017 in der Wochenzeitung "Deutschland-Kurier": >>**Die Maske fällt**

Die AfD hat Aufwind. Dazu muß man nicht einmal die Umfragewerte kennen, die medialen Hetzkampagnen zeigen es zweifelsfrei an.

Da sagt Alexander Gauland, er möchte die Islamisierungsbeauftragte Özoguz "entsorgen", so wie zuvor schon SPD-Politiker Merkel "rückstandslos entsorgen" wollten - und der politisch-mediale Komplex läuft mit Schaum vor dem Mund durchs Land. Der 'Spiegel' erfindet gesundheitliche Probleme der AfD-Spitzenkandidatin Alice Weidel, die 'Welt' präsentiert eine vier Jahre alte private E-Mail, deren Urheberschaft ungeklärt ist und versucht daraus einen Skandal zu machen. In TV-Talkshows stehen AfD-Politiker generell allen anderen Studiogästen, dem handverlesenen Publikum und den jede Fairneß vermissenden Moderatoren gegenüber. Sie dürfen nicht ausreden und werden durchweg unsachlich angegriffen.

Die Medienkaste läßt die Maske fallen. Kein objektiver Journalismus mehr, sondern Propagandakrieg. Mit Lügen und ohne jeden Anstand. Da darf bei der 'Welt' die Ehefrau von Christian Lindner über ihre "Stylingtipps" für den Gatten schreiben und anschließend die gefakte Weidel-E-Mail veröffentlichen - und niemanden scheint es zu stören. Der Chefredakteur, der weiland Interviews frei erfand, gab die Marschrouten vor: "Merkel ist die Führerin der freien Welt". Derlei gab es in Europa letztmalig im Rumänien des Nicolae Ceausescu. Wobei der immerhin nur das "Genie der Karpaten" war.

Und doch nützt es nichts, denn die Wähler lassen sich nicht beirren. Die Angriffe verpuffen. Die Umfragewerte steigen. Es wird spannend am 24. September.<<